

Einige Anmerkungen zur Geschichte des Fritz Bauer Instituts - insbesondere zur Krise in den Jahren 2006/ 2007 - und weshalb es die "Auschwitz-Ausstellung" nicht mehr gibt

Vorbemerkung

Zur Geschichte des Fritz Bauer Instituts, das am 1. Januar 1995 gegründet wurde, gibt es nur wenige Infos - wenigstens für Externe. Auch auf der Webseite ist dazu wenig zu finden. Trotzdem ist es sicher interessant, mehr darüber zu wissen. Vielleicht auch gerade angesichts der Verleihung des Ignatz-Bubis-Preises an das Fritz Bauer Institut. Auch bei dieser Preisverleihung wurde kaum auf die Geschichte des Institutes eingegangen - hier ging es dabei mehr über die gegenwärtige Situation des Institutes, das inzwischen sehr erfolgreich und anerkannt und ein würdiger Preisträger ist.

Aber noch vor einigen Jahren sah es durchaus anders aus. Da wurde in der Presse von einer möglichen Schließung des Institutes gesprochen. Das war 2007. Was war damals geschehen, was war vorher - und wie konnte es inzwischen wieder zu einem solchen Aufschwung kommen, zu einem nun national und international anerkannten Institut?

Das Ganze ist wie eine Spurensuche, wie ein Mosaikspiel, wo Stück für Stück aus der Sicht eines Externen zusammengetragen wird - manchmal auch wie ein Kriminalspiel. Einzelne Teile sind jetzt zusammengetragen - es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit. Aber so ist vielleicht ein Anfang gemacht. Grundlage des Aufsatzes sind verschiedene Zeitungsartikel aus der SZ und der FAZ über das Fritz Bauer Institut aus den Jahren 2006/ 2007, die mir Helmut Kramer freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. Sie sind als Anhang dem Aufsatz beigelegt. Die ganze Geschichte aber muss wohl erst noch geschrieben werden.

Noch im Jahr 2006/ 07 war das Institut weitgehend unbekannt

Wenn in den Medien noch im Jahr 2006/ 07 über das Fritz Bauer Institut berichtet wurde, musste oft erst einmal erklärt werden, was das Institut ist, welche Aufgaben es hat und wer Fritz Bauer überhaupt war. So beginnt ein Bericht im Westdeutschen Rundfunk von Eberhard Rondholz vom 11.12.2006 mit den Worten: *"Nicht alle werden auf Anhieb wissen, um was für eine Einrichtung es geht, wenn in diesen Tagen in der Frankfurter Allgemeinen oder der Süddeutschen Zeitung vom Fritz Bauer Institut die Rede ist, und dies aus unerfreulichem Anlass. Doch zunächst: Wer war Fritz Bauer? ..."* (2)

Die Unkenntnis über Fritz Bauer gibt es auch heute noch, wer kennt ihn schon? Damals aber in den Jahren 2006/ 07 wurde mehrfach über das Institut berichtet, hauptsächlich in der SZ und der FAZ. Dabei ging es um die Krise zur Zeit des damaligen Leiters D. Krause-Vilmar. Dieser hatte sich geweigert, einen Brief von Prof. J. Perels in dem Newsletter des Institutes zu veröffentlichen, in dem die Position eines Mitarbeiters des Fritz Bauer Institutes zu einer Fragestellung kritisiert wurde.

Aber es gab noch andere Probleme, die in den Medien nur am Rande erwähnt wurden, die insbesondere die "Auschwitz-Ausstellung" betrafen. Die sollte umgemodelt werden: nicht mehr die Täter, sondern die Opfer sollten in den Vordergrund rücken. Die Auschwitz-Ausstellung spielte damals für das Institut eine große Rolle. Das Institut war bis dahin noch nicht weiter mit besonderen Veranstaltungen oder Arbeiten an die Öffentlichkeit getreten - mit zwei Ausnahmen: Zum einen waren die Tonbandprotokolle des Auschwitz-Prozesses "verschriftlicht" worden, d.h. der gesamte Prozessverlauf - insgesamt 430 Stunden

Hauptverhandlung - wurden digitalisiert. Die zweite große Leistung des Institutes war die Ausstellung zum Auschwitz-Prozess. Sie war zunächst mit Erfolg in Frankfurt gezeigt worden. Die "Weiterreise" der Ausstellung wurde dann aber durch den damaligen amtierenden Institutsdirektor Dietfried Krause-Vilmar aus "schwer nachvollziehbaren Gründen" verhindert. (2)

Es war ein "erster Anlass für eine Auseinandersetzung zwischen dem wissenschaftlichen Beirat und dem Direktor des Instituts", der nach dem Ausscheiden von Micha Brumlik seit dem Frühjahr 2006 die Geschäfte führte, und es war "nicht die einzige Fehde des emeritierten Kasseler Erziehungs-Wissenschaftlers mit dem Beirat". (3)

Eine weitere Kontroverse entzündete sich an einer Publikation im Newsletter des Instituts. Der Instituts-Mitarbeiter Werner Renz hatte in einem Aufsatz unter dem Titel "40 Jahre Auschwitz-Urteil - Täterexkulpation und Opfergedenken" eine Reihe von Thesen zur juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit aufgestellt, die heftige Kritik auslösten, u.a. von Seiten des Fördervereins-Mitgliedes Helmut Kramer, einem ehemaligen Oberlandesgerichtsrates aus Braunschweig, der das Forum Justizgeschichte gegründet hatte. Weitere Kritik kam vor allem auch von Prof. Joachim Perels, der damals Beiratsvorsitzender des Fritz Bauer Institutes war.

Bei der Kontroverse ging es um den Sinn der Auschwitz-Prozesse

In dem Aufsatz von Werner Renz ging es um den "Sinn und Zweck des Strafens in NS-Prozessen". Nach Renz entziehen sich NS-Verbrechen der rechtsstaatlichen Sanktionierung, es gebe "für den menscheitsgeschichtlich präzedenzlosen Massenmord keine angemessene Sühne, keinen Unrechtsausgleich", weshalb "die Schwurgerichte durch die Bestrafung der an NS-Verbrechen Beteiligten ... der Gerechtigkeit kein Genüge tun konnten." (4)

Nach Perels stellte Renz mit seinen Thesen die Rechtsgrundlage der Aufarbeitung des NS-Systems insgesamt infrage. *"Damit aber wäre im Nachhinein auch dem Auschwitz-Prozess der rechtlich begründbare Sinn entzogen worden und der Arbeit Fritz Bauers die juristische Legitimation. Kurz: nach seiner Ansicht hätte der Auschwitz-Prozess gar nicht stattfinden dürfen. Ob sich der Autor als Mitarbeiter eines Instituts, das den Namen Fritz Bauers trägt, dessen bewusst war?"* (5)

"Wie auch immer - statt nun wenigstens eine Diskussion der kontroversen Positionen innerhalb des Instituts zu eröffnen, zumindest Joachim Perels als dem langjährigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Instituts-Beirats die Möglichkeit einer Erwiderung zu geben, teilt der kommissarische Institutsdirektor Krause-Vilmar ihm in lapidarer Kürze mit, er werde seine Erwiderung in der vorgelegten Form nicht abdrucken, auch für den Fall, dass seine Kritik sachlich zutreffend sei, worüber er nicht zu urteilen vermöge.

Mit anderen Worten: Krause-Vilmar erklärt sich, zum ersten, für außerstande, in einer (für die Arbeit des Instituts so zentralen Fragestellung wie der nach der rechtlichen Begründbarkeit der Strafverfolgung von NS-Massenverbrechen) zu einem eigenen Urteil zu gelangen. Eine Bankrotterklärung. Und, zum zweiten, verhindert er eine offene Debatte über diese Frage in einem Publikationsorgan des Instituts. Das ist nicht gerade die feine akademische Art. Krause-Vilmar begründet sein Verhalten mit dem Vorwurf, Perels habe 'das Denken eines integren Mitarbeiters unseres Instituts in die geistige Nähe von ehemaligen Nazis' gerückt. Dabei hat sich der Autor des umstrittenen Artikels, mit seinem Text in diese Nähe selber begeben, wenn auch, so hält ihm Perels zugute, gewiss unabsichtlich, und aus Unkenntnis der einschlägigen Literatur. " (6)

Wie ging es weiter? - Als Folge der Auseinandersetzung wurde damals Joachim Perels das Ehrenamt im Wissenschaftlichen Beirat des Fritz Bauer Institutes entzogen. So verlor das Institut einen der bedeutendsten Kenner von Fritz Bauer

Die Auschwitz-Ausstellung wurde geschreddert

Und was geschah mit der Auschwitz-Ausstellung? Die wurde damals geschreddert und existiert nicht mehr. Neben den Tonbandprotokollen das einzige Vorzeigeprojekt des Instituts - sie wurde zerstört und steht jetzt, im 50.Jahrestag des Auschwitz-Prozesses nicht mehr zur Verfügung. Irmtrud Wojak berichtete, wie sie damals einen Anruf erhielt, sie möge in drei Tagen die Ausstellung aus dem Institut abholen, da sie aus Platzgründen nicht mehr gelagert werden könnte. In der kurzen Zeit habe sie das nicht umsetzen können - und so wurde die Ausstellung eben geschreddert.

Auch die Fritz Bauer Biographie war nur unter großen Schwierigkeiten entstanden

Aber auch mit dem Schreiben der Biographie von Bauer hatte es damals größere Probleme gegeben. So berichtete Irmtrud Wojak, dass sie nur unter großen Schwierigkeiten ihre Biographie über Bauer am Institut habe schreiben können.

"In Frankfurt habe ich die Bauer-Biographie erkämpft, indem ein Freund Fritz Bauers und ich privat unser Geld investiert haben, damit ich das Buch schreiben konnte. Dem Fritz Bauer Institut, das die Biographie nicht haben wollte (ich sollte mich auf einen Aufsatz beschränken) wurde das Geld zur Verfügung gestellt, während ich 'freigestellt' wurde, um das Buch zu schreiben. Wie wir das hinbekommen haben? Mit Unterstützung vom Wiss.Beirat, namentlich von Herrn Perels und Herrn Hirschfeld. Die beiden machten im Beirat den Vorschlag, dass ich von dem Geld, das von dem Freund Bauers und von mir zur Verfügung gestellt wurde, freigestellt werden sollte. Der Beirat und der damalige Direktor Krause-Vilmar konnten nun nicht mehr 'nein' sagen, da es dann an die Presse gegangen wäre, dass das Institut die Biographie nicht wollte." (7)

Von diesem Konflikt wurde dann in der Presse zunächst nicht weiter berichtet, es blieb eher intern. Auch hier wären noch weitere Einzelheiten interessant. Angesichts der anderen Konflikte sicher noch ein weiterer Problempunkt aus der schwierigen Zeit des Institutes.

Schon früher hatte es Schwierigkeiten mit der Auschwitz-Ausstellung gegeben

Nicht nur beim Schreiben der Bauer-Biographie hatte es große Probleme für Irmtrud Wojak gegeben, ähnliche Schwierigkeiten gab es schon vorher im Zusammenhang mit der Auschwitz-Ausstellung. Sie berichtet dazu:

"Die Geschichte der Auschwitz-Ausstellung war ganz ähnlich. Niemand am Institut wollte sie realisieren. Ich unterbrach dafür die Arbeit an der Biographie (was mir später ironischerweise auch noch vorgehalten wurde). Als die Ausstellung dann mit großem Besucherandrang gezeigt wurde, hat das Institut sie im wahrsten Sinne des Wortes 'bis aufs Messer' bekämpft. Es wurden Texte entfernt und erklärt, die Täter sollten aus der Ausstellung entfernt werden. Hitler dürfe nicht gezeigt werden usw. Die Weiterwanderung nach der ersten Präsentation wurde natürlich erst Recht boykottiert. Damals war Professor Brumlik noch Direktor. Er erklärte, als der große Anklang der Ausstellung vor der Eröffnung absehbar war, dass ich zur Eröffnung nicht sprechen dürfe. Er wollte selber sprechen. Neben mir saß dann bei der Eröffnung der damalige Frankfurter Generalstaatsanwalt. Er sagte, als Brumlik mich in seiner Rede als Kuratorin ganz zum Schluss doch noch erwähnte: 'Und jetzt kommt die Putzfrau und dann kommen Sie'." (8)

Neuanfang mit Raphael Gross als neuem Institutsdirektor - nach Spekulationen in der Süddeutschen Zeitung über eine mögliche Schließung des Institutes

Im Jahr 2007 wurde dann Raphael Gross neuer Direktor des Fritz Bauer Institutes. Von nun an ging es mit dem Institut aufwärts. Von der Vergangenheit wollte er nicht viel wissen, sein Blick ging angesichts der vielen Querelen im Institut nach vorn. Noch kurz vorher hatte es in der Süddeutschen Zeitung am 19.01.2007 einen Artikel von Franziska Augstein gegeben, in dem von einer möglichen Schließung des Instituts gesprochen wurde:

"Es genügt nicht, Konflikte zu haben. Man muss auch unfähig dazu sein, sich darüber gütlich zu verständigen. Es genügt nicht, zerstritten zu sein, man muss zudem auch in Geldnöten stecken. Diese und andere Umstände haben sich in den vergangenen Jahren am Frankfurter Fritz Bauer Institut akkumuliert. Dass einige Professoren der Frankfurter Universität sich vor einer Zusammenarbeit scheuten und dem Institut, das ohne das Wirken einer bürgerrechtlichen Basisinitiative wohl nicht gegründet worden wäre, die hohe Wissenschaftlichkeit absprachen, machte die Lage nicht besser: Im vergangenen Herbst waren die im einzelnen gar nicht so bedeutsamen, in der Masse jedoch verheerenden Streitereien so weit gediehen, dass dies 1995 gegründete Institut nicht mehr so sehr mit der Erforschung von Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus befasst war, sondern eigentlich nur noch mit sich selbst. Selten wurde es ausgesprochen, aber insgeheim meinten nicht wenige, dass es unter solchen Umständen kein Wunder wäre, sollte das Institut kurzerhand geschlossen werden." (9)

Dass das nicht geschah, ist wahrscheinlich dem Bemühen des damaligen hessischen Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) und dem Frankfurter Kulturdezernenten Felix Semmelroth (CDU) zu verdanken. Beide "würden alles dransetzen, um das Institut nicht bloß zu erhalten, sondern auch sein wissenschaftliches Profil zu stärken." (10) Es wurde ein neuer Institutsdirektor gesucht, da Krause-Vilmar letztlich nur kommissarischer Direktor des Instituts gewesen war und die Auseinandersetzungen zwischen ihm und Joachim Perels als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des Instituts sehr problematisch waren.

In dieser Situation verließ auch Irmtrud Wojak das Institut. Zu viel war geschehen. Und einfach nur den Blick nach vorn zu richten, wollte sie nicht. Für das Institut selber war es aber vielleicht überlebenswichtig. Raphael Gross wurde Institutsdirektor und richtete den Blick auf die Zukunft und verfolgte ein neues Konzept.

Ein neues Konzept für das Institut - die enge Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum in Frankfurt

Das neue Konzept bestand in einer engen Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum, was damals von vielen kritisiert wurde. In seiner Dankesrede zur Verleihung des Ignatz-Bubis-Preises an das Fritz Bauer Institut (2013) hob Raphael Gross jedoch hervor, wie erfolgreich genau dies Konzept war. Und tatsächlich - das Institut entwickelte sich nun im Laufe weniger Jahre zu einem national und international hoch angesehenen Institut der Holocaustforschung. Wichtige Beiträge wurden jetzt in dem Bulletin des Fritz Bauer Institutes veröffentlicht, das ab 2009 jährlich zwei Mal erschien.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum zeigte sich in vielen gemeinsamen Veranstaltungen, nicht zuletzt auch in der beeindruckenden Ausstellung "Juden.Geld - Eine Vorstellung", die bis Oktober 2013 im Jüdischen Museum zu sehen ist. Es ist zwar keine gemeinsame Veranstaltung mit dem Fritz Bauer Institut, zeigt aber die hohe Qualität, die bei Projekten inzwischen in Frankfurt erreicht wird. In der FAZ gab es dazu auch eine sehr

positive, fast ganzseitige Beschreibung, wobei allerdings auf kleine Schwächen hingewiesen wurde, die aber eher mit den sehr beengten Räumlichkeiten des ehemaligen "Rothschild-Palais" zusammenhängen. (11)



Das Jüdische Museum - Rothschildpalais am Untermainkai

Die andere Seite - der sehr starke Fokus auf jüdische Aspekte

Die enge Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum hatte aber auch eine andere Seite, vielleicht auch eine Schwäche: Der Fokus ist insgesamt auf das Jüdische ausgerichtet. Auch Bauer wird so in erster Linie als Jude betrachtet- oder wie es Raphael Gross ausdrückt: als "nichtjüdischer" Jude.

Auch die Ausstellung des Institutes über Fritz Bauer, die derzeit in Arbeit ist, betrachtet Bauer hauptsächlich als Person "in der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte". Das ist letztlich aber nur ein Aspekt von Bauer, der damit berücksichtigt wird. Bauers Wirken war insgesamt viel umfassender und wird damit nicht in seiner Ganzheit gesehen. Vielleicht ist es auch so zu erklären, dass trotz der neuen Phase bisher nur wenig zu Bauer gearbeitet oder geforscht wurde. - Zur Zeit beginnt es sich etwas zu verändern: so ist eine neue Rubrik für Bauer in dem Bulletin eingerichtet worden, in der in neuer Weise zu Bauer geforscht wird. Auch ist ein Sammelband von Bauers (verstreuten) Texten in Arbeit, der voraussichtlich 2014 erscheinen wird. Aber es gäbe noch viel zu tun: weitere Bücher von Bauer könnten wieder neu aufgelegt werden, und auch die Forschung zu Bauer könnte weiter angeregt werden.

Ein neues Problem: der Fritz Bauer Film von Ilona Ziok?

Ein anderer wichtiger aktueller Punkt ist sicher auch die Stellung zum Fritz Bauer Film von Ilona Ziok, der im Jahr 2010 erschienen war. Da gab es wieder einige Differenzen, die zu Spannungen führte, was Raphael Gross sehr bedauerte. Im Vordergrund standen dabei unterschiedliche Einschätzungen in der Todesursache von Fritz Bauer, die u.a. in dem Aufsatz von Werner Renz "Ein medialer Missgriff" behandelt wurden (12). Auch der Beitrag von Dieter Schenk "Die Todesumstände von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer" im Bulletin 08/2012 beschäftigt sich mit dieser Fragestellung. (13)

Die unterschiedlichen Positionen trugen wohl mit dazu bei, dass der Fritz Bauer Film von Ilona Ziok nicht auf der Webseite des Institutes erwähnt wird. Vielleicht legen sich eines Tages die Spannungen, insbesondere weil der Film auch Fritz Bauer sehr in den Vordergrund stellt und eine große Außenwirkung hat. Er brachte den Anstoß zur Ausstellung über den Remer-Prozess in Braunschweig und sorgte dafür, dass in Frankfurt im Stadtteil Riedberg eine Straße nach Fritz Bauer benannt wurde. Dann könnten - auch bei unterschiedlicher Einschätzung in einzelnen Fragen - das Gedenken an Fritz Bauer gemeinsam gefördert werden.

Das Institut ist auf einem guten Weg

In der Vergangenheit hatte es viele Probleme mit dem Institut gegeben. Viele Probleme wurden gelöst, manche sind noch nicht geklärt. Trotz allem ist das Institut auf einem sehr guten Weg - die Veranstaltungen des Instituts und die Beiträge im Bulletin sind ein sichtbarer Ausdruck dafür. Mögen auch die anderen Probleme gelöst werden - es wäre ganz im Sinne Bauers, um sein Anliegen stärker in die Öffentlichkeit zu bringen und gemeinsam dafür zu sorgen, "dass die Erde nicht zur Hölle wird."

Vielleicht könnte auch die Person Bauers und die Vielzahl seiner Taten und Impulse stärker berücksichtigt werden. Hier gäbe es noch viel zu tun, gerade angesichts der Modernität und Aktualität von Fritz Bauer. Das Gedenken an den 50.Jahrestag des Beginns des Auschwitz-Prozesses wäre ein guter Anlass dafür.

Udo Dittmann (Juni 2013)

Anmerkungen:

1. Eberhard Rondholz: Fritz-Bauer-Institut in Turbulenzen, in: Westdeutscher Rundfunk am 11.12.2006
2. siehe Rondholz, a.a.O.
3. a.a.O.
4. zitiert nach Rondholz, a.a.O.
5. a.a.O.
6. a.a.O.
7. Schreiben von Irmtrud Wojak an Udo Dittmann vom 14.05.2013
8. edb
9. Franziska Augstein: Fürsprecher an hoher Stelle. Die Politik bemüht sich um das Fritz Bauer Institut. In: Süddeutsche Zeitung vom 19.01.2007
10. ebd.
11. Dieter Bartetzko: Auch Vorurteile können töten. Eine Ausstellung im Jüdischen Museum in Frankfurt widmet sich dem Klischee vom Reichtum der Juden. In: FAZ vom 29.04.2013
12. Werner Renz: Ein medialer Missgriff. Fritz Bauer im Dokumentarfilm. In: www.dieter-schenk.info/Anhang/FritzBauer/2012/Renz.pdf
13. Dieter Schenk: Die Todesumstände von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968), In: Einsicht 08, Bulletin des Fritz Bauer Institutes 2012. S. 38-43

Literatur/ Zeitungsnachweise (chronologisch):

- Michael Jeismann: Zwischenzeit der Gespenster. In: FAZ vom 5.9.2006
- Helmut Kramer: Der Institutsarbeit nicht gewachsen. In: FAZ vom 16.9.2006
- Eberhard Rondholz: Fritz-Bauer-Institut in Turbulenzen. In: Westdeutscher Rundfunk vom 11.12.2006
- Franziska Augstein: Fürsprecher an hoher Stelle - Die Politik bemüht sich um das Fritz-Bauer-Institut. In: Süddeutsche Zeitung vom 19.01.2007
- Franziska Augstein: Fatale Vorgänge - Krach am Fritz Bauer Institut um Ausstellung zu Auschwitz-Prozess. In: Süddeutsche Zeitung vom 20.11.2007

FAZ

v. 5. 9. 2006

Zwischenzeit der Gespenster

Ihr Artikel wird nicht gedruckt – dies gilt auch für den Fall, daß Ihre Kritik sachlich zutreffend ist, worüber ich nicht zu urteilen vermag. Schreibt hier ein Tyrann seinem Auftragschriftsteller? Oder ein Chefredakteur einem unliebsam gewordenen Mitarbeiter? Nichts da – hier schreibt der kommissarische wissenschaftliche Leiter des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt und pensionierte Kasseler Erziehungswissenschaftler Dietfrid Krause-Vilmar – und zwar dem Sozialwissenschaftler und Mitglied seines Wissenschaftlichen Beirats Joachim Perels. Wir möchten die Aufmerksamkeit nicht auf den speziellen Fall, sondern bloß auf den Ton und die direktoriale Selbstaussage lenken: Der geschäftsführende Direktor vermag nicht zu urteilen – aber verurteilen, intrigieren und sabotieren konnte er nach dem Urteil mancher Beiratsmitglieder und Mitarbeiter am Institut ziemlich gut. Und mit Vorliebe intrigierte er gegen sein eigenes Institut. Wer also einmal einen Einblick gewinnen möchte, in welchem Desaster eine Zwischenzeit in der Leitung wissenschaftlicher Institute führen kann, findet im Frankfurter Fritz Bauer Institut ein Lehrbeispiel. Nachdem der Frankfurter Pädagoge Micha Brumlik im Herbst vergangenen Jahres

sein Amt als Direktor des Instituts niedergelegt hatte, wurde Dietfrid Krause-Vilmar kommissarischer Leiter. Und er legte durch eine rabiante Institutspolitik sogleich die Schwächen dieser Institution bloß. Was das Haus soll und kann, war von Beginn an umstritten – und hierin lag seine Schwäche, und zwar auf einem Feld, wo vieles gut gemeint und schlecht gedacht ist. Das Institut hat nie recht seinen eignen Maßstab gefunden. Nur so war es möglich, daß nun nach dem Willen des Zwischendirektors die von Irmtrud Wojak entworfene, bundesweit beachtete Ausstellung zu den Frankfurter Auschwitz-Prozessen nach dem Willen von Krause-Vilmar ganz und gar umgebaut werden sollte. Er wünschte sich, daß die Opfer in den Vordergrund träten – bei der Ausstellung zu einem Prozesses, der den Tätern gemacht wurde. Das konnte mit knapper Mühe abgewehrt werden. Aber die Selbstqualifizierung des Direktors als nicht urteilsfähig mochte den Beobachtern schon in den Sinn kommen, bevor sie noch von ihm selbst niedergeschrieben war. Als im Mai dieses Jahres Dieter Pohl zum neuen Direktor berufen wurde, glaubte man, der Spuk habe ein Ende (F.A.Z. vom 17. Mai). Die Befristung des Vertrags ist allerdings ein Problem. Im Grunde sagt sie, daß man wohl den Falschen, aber nicht den Richtigen zu finden sich zutraut. So verzögerten sich die Verhandlungen, und man hatte Anlaß, das Schlimmste zu befürchten. Wie aber aus dem Kreis des Beirats zu vernehmen ist, soll Dieter Pohl eine unbefristete Stelle als Direktor des Instituts zu Beginn des neuen Jahres antreten. Man kann nur hoffen, daß die Zeit der Gespenster am Fritz Bauer Institut dann vorbei ist und Geldgeber wie Leitung die Courage aufbringen, das Institut wirklich zu einer Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu machen – in einer Zeit, da die Holocaust-Rhetorik zunehmend unterminiert, was sie eigentlich bekunden will. MICHAEL JEISMANN

FAZ v. 16.9.2006

Der Institutsarbeit nicht gewachsen

In Ihrem Beitrag über das Fritz-Bauer-Institut (F.A.Z.-Feuilleton vom 5. September), das ich wegen seiner Arbeit sehr schätze und mit dem das Forum Justizgeschichte schon mehrfach kooperiert hat, berichten Sie über einen bizarren Zensurvorgang bei dem Institut. Ein für den „Newsletter“ des Instituts geschriebener Artikel von Joachim Perels wird vom kommissarischen Direktor, Professor Krause-Vilmar, abgelehnt, obgleich der Direktor erklärte, daß er über den eingereichten Beitrag „nicht zu urteilen vermag“.

Die inhaltliche Seite der Auseinandersetzung um den Artikel von Perels, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Instituts, macht die Sache noch fataler. Perels setzt sich in seinem Text mit einer Interpretation des Urteils im Auschwitzprozeß auseinander, die ein Mitarbeiter des Instituts, Werner Renz, im „Newsletter“ des Instituts von 2005 veröffentlicht hat. In einer ausführlichen kritischen Analyse legt Perels dar, daß Renz die rechtliche Bedeutung des Auschwitzprozesses verkennet. Renz stellt die These auf: „Die Schwurgerichte (konnten) durch die Bestrafung der an NS-Verbrechen Beteiligten... der Gerechtigkeit keine Genüge tun.“ Gegen diese Position, die in diametralen Gegensatz zum rechtsstaatlichen Verständnis von Fritz Bauer, dem Namensgeber des Instituts, steht, richtet sich der Beitrag von Perels: Ohne es zu wollen, nimmt Renz mit der Behauptung, die Täter seien in der Gesellschaft der Bundesrepublik gut integriert, eine Position ein, die sich auch bei dem einstigen Justitiar des Reichssicherheitshauptamtes, Werner

Best, zu Beginn der fünfziger Jahre findet. Aus der Integration der NS-Täter leitet Best, seinerzeit Mitarbeiter des FDP-Abgeordneten Achenbach, die fehlende Sanktionsnotwendigkeit nationalsozialistischer Staatsverbrechen ab. Gegen diese im Grundgesetz verworfene Position beruft Perels sich auf Fritz Bauer. Dieser sah den Sinn der NS-Prozesse darin, das Neinsagen gegenüber einer rechtswidrig handelnden Staatsgewalt in der Gesellschaft zu verankern.

Es kann wohl nicht sein, daß das Insistieren auf der Bedeutung des Rechts für die Aufarbeitung der NS-Verbrechen am Bauer-Institut der Zensur unterliegt. Der insbesondere für die juristische Zeitgeschichte herausragend ausgewiesene Perels schreibt: „Wer die Bedeutung des geltenden Rechts für den Umgang mit den Untaten des NS-Regimes verkennt und damit auch den Gehalt des Urteils im Auschwitzprozeß verfehlt, nimmt den Gepöhlten die wichtige juristische Stütze, durch die sie im Prozeß als Opfer erst kenntlich werden.“

Die von dem kurzzeitigen Leiter des Fritz-Bauer-Instituts verfügte Zensur zeigt, daß er seiner wissenschaftlichen Aufgabe in einem zentralen Bereich der Institutsarbeit nicht gewachsen ist. Für die Konsolidierung des Instituts mit seiner in vieler Beziehung einzigartigen Aufgabe wäre es gut, wenn der designierte neue Direktor, Dr. Dieter Pohl, ein anerkannter Wissenschaftler und ausgewiesener Holocaustforscher, unverzüglich seine Arbeit aufnehmen könnte.

Dr. Helmut Kramer, Wolfenbüttel

Süddeutsche

Zeitung

v. 20.11.2007

Fatale Vorgänge

Krach am Fritz Bauer Institut um Ausstellung zu Auschwitz-Prozess

Das Fritz Bauer Institut hat in den vergangenen Jahren mit seinen Forschungen wenig von sich reden gemacht. Die Ausnahme war eine Ausstellung über den Auschwitz-Prozess, die auf viel Zuspruch stieß. Wenn das Institut jetzt ins Gerede kommt, so nur aus negativen Gründen. Die Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats, Joachim Perels und Gerhard Hirschfeld, sahen sich anlässlich der „fatalen Vorgänge“ am Institut zu einer öffentlichen Protestnote veranlasst – und es geht, ausgerechnet, um die Ausstellung zum Auschwitz-Prozess.

Diese sollte auch in anderen Städten gezeigt werden, so etwa in München. Die Finanzierung, schreiben Perels und Hirschfeld, sei von Münchner Seite gesichert gewesen. Dietfrid Krause-Vilmar, der Interimsleiter des Instituts, habe jedoch behauptet, die Ausstellung könne aus finanziellen Gründen dort nicht gezeigt werden. Außerdem habe die kommissarische Institutsleitung vorgeschlagen, die Darstellung der Verantwortlichkeit der ranghohen Nazis „aus der Ausstellung insgesamt zu entfernen“. Hitler, Himmler und Konsorten sollen also nicht mehr vorkommen. Gegen diese „Verfälschung der Geschichte“ wenden sich die Beiratsvorsitzenden. Anstatt den Beirat zu unterstützen oder sich zurückzuhalten, hat Felix Semmelroth, Kulturdezernent der Stadt Frankfurt, jetzt erklärt, er beabsichtige, eine „Neukonstituierung“ des Beirats vorzunehmen. Dies, so Perels und Hirschfeld, widerspreche nicht nur den üblichen Gepflogenheiten, sondern „auch der geltenden Stiftungsverfassung“. Warum der kommissarische Institutsleiter und der Kulturdezernent sich so verhalten, ist unklar. Eindeutig ist indes, dass dies Verhalten einem Institut schadet, das es bitter nötig hat, mit den wenigen Meriten, die es hat, zu glänzen.

augf

Eberhard Rondholz:
Fritz-Bauer-Institut in Turbulenzen

westdeutschen Rundfunk 11.12.2006

Nicht alle werden auf Anhieb wissen, um was für eine Einrichtung es geht, wenn in diesen Tagen in der Frankfurter Allgemeinen oder der Süddeutschen Zeitung vom Fritz-Bauer-Institut die Rede ist, und dies aus unerfreulichem Anlass. Doch zunächst: Wer war Fritz Bauer? Zur Erinnerung: Der 1903 geborene jüdische Jurist, der dem Holocaust nur mit knapper Not entkommen war, hatte sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland vor allem der Strafverfolgung von NS-Verbrechern gewidmet. Als hessischer Generalstaatsanwalt bereitete er, dies sein größter Erfolg, das für die Aufarbeitung der NS-Massenverbrechen wohl wichtigste deutsche Strafverfahren vor – die „Strafsache gegen Mulka und andere“, bekannt heute als der Frankfurter Auschwitzprozess. Fritz Bauer hat dieses Strafverfahren gegen viele Widerstände, vor allem auch im Justizapparat durchsetzen müssen und sich Feinde gemacht, viele Feinde.

1995, fast 30 Jahre nach seinem Tod, wurde eine Einrichtung gegründet, die u.a. die Aufgabe haben soll, die „Erinnerung an Leben, Werk und Wirken des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten“, sowie „die Geschichte der NS-Massenverbrechen zu erforschen und zu dokumentieren.“ Dieses mittlerweile an die Frankfurter Universität angebundene *Fritz-Bauer-Institut* hat, unter ihren ersten Direktoren *Hanno Löwy* und *Micha Brumlik*, einiges geleistet. Da ist vor allem die „Verschriftlichung“ der Tonbandprotokolle des Auschwitzprozesses, zu nennen, d.h.: der gesamte Prozessverlauf, 430 Stunden Hauptverhandlung, ist heute in Form digitaler Worddateien auf einer DVD zugänglich. Diesen Dokumentenbestand von unschätzbarem Wert der Forschung zugänglich gemacht zu haben, ist vor allem das Verdienst des Instituts-Dokumentaristen *Werner Renz*.

Zu den verdienstvollsten Projekten aus *jüngster Zeit* gehört eine viel beachtete und hoch gelobte *Ausstellung* zum Auschwitzprozess. Maßgeblich mit vorbereitet wurde die Ausstellung vom Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Institutsbeirats, Prof. Joachim Perels, Sohn des von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpfers Friedrich-Justus Perels und Mitbegründer der Zeitschrift *Kritische Justiz*. Zu sehen war sie allerdings bislang nur in Frankfurt, ihre geplante Weiterreise hat der amtierende Institutsdirektor *Dietfried Krause-Vilmar* aus schwer nachvollziehbaren Gründen verhindert. Er will die Ausstellung dahingehend überarbeitet wissen, dass nicht in erster Linie die *NS-Täter*, sondern die *Opfer* Schwerpunkt der Ausstellung werden. Erster Anlass für eine Auseinandersetzung zwischen dem wissenschaftlichen Beirat und dem Direktor des Instituts, der nach dem Ausscheiden von Micha Brumlik im vergangenen Frühjahr *kommissarisch* die Geschäfte führt, und nicht die einzige Fehde des emeritierten Kasseler Erziehungs-Wissenschaftlers mit dem Beirat.

Die letzte Kontroverse entzündete sich an einer Publikation im Newsletter des Instituts. Der schon erwähnte Instituts-Mitarbeiter Werner Renz hatte in einem Aufsatz unter dem Titel „40 Jahre Auschwitz-Urteil – Täterexkulpation und Opfergedenken“ eine Reihe von Thesen zur juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit aufgestellt, die heftige Kritik auslösten, u.a. von Seiten des Fördervereinsmitglieds Helmut Kramer, pensionierter Oberlandesgerichtsrat und Begründer des Forums Justizgeschichte. Vor allem aber von Seiten des Beiratsvorsitzenden Perels.

In dem stellenweise etwas konfuse Aufsatz stellt Werner Renz eine Reihe von Fragen nach „Sinn und Zweck staatlichen Strafens in NS-Prozessen“ und damit nach der Legitimation des Auschwitzprozesses. Erstens: gab es in der bundesrepublikanischen Gesellschaft hinsichtlich der NS-Täter überhaupt ein Strafbedürfnis? Zweitens: war das Rechtsbewusstsein der zu Bundesbürgern gewandelten einstmaligen Gefolgsleute Hitlers durch den Umstand denn wirklich gestört, dass nicht wenige „Mörder unter uns“ lebten?

Der Autor beantwortet die Fragen mit einem klaren Nein.

Und er fährt fort: NS-Verbrechen entziehen sich der rechtsstaatlichen Sanktionierung – es gebe „für den menscheitsgeschichtlich präzedenzlosen Massenmord keine angemessene Sühne, keinen Unrechtsausgleich,“ weshalb „die Schwurgerichte durch die Bestrafung der an NS-Verbrechen Beteiligten ... der Gerechtigkeit kein Genüge tun konnten.“ Auch entfallende

Strafzweck der Abschreckung - eine Wiederholung von Massenverbrechen wie im NS-Staat sei in Deutschland nicht zu erwarten, von Staats wegen lizenzierte Massenmörder im neuen, rechtsstaatlichen Gemeinwesen nicht zu befürchten.

Damit aber begibt sich der Autor argumentativ in fatale Nähe zu dem früheren Justitiar des Reichssicherheitshauptamtes, *Werner Best*. Der Ex-Nazi hatte in einem Rechtsgutachten für das Bundesjustizministerium von 1952 mit eben diesen Argumenten einer *Generalamnestie für alle NS-Täter* das Wort geredet.

Letzten Endes stellt Renz mit seinen Thesen, so der Beiratsvorsitzende Perels, die Rechtsgrundlagen der Aufarbeitung des NS-Systems insgesamt infrage. Damit aber wäre im Nachhinein auch dem Auschwitz-Prozess der rechtlich begründbare Sinn entzogen worden, und der Arbeit *Fritz Bauers* die juristische Legitimation. Kurz: nach seiner Ansicht hätte der Auschwitz-Prozess gar nicht stattfinden dürfen. Ob sich der Autor als Mitarbeiter eines Instituts, das den Namen Fritz Bauers trägt, dessen bewusst war?

Wie auch immer - statt nun wenigstens eine Diskussion der kontroversen Positionen innerhalb des Instituts zu eröffnen, zumindest Joachim Perels als dem langjährigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Instituts-Beirats die Möglichkeit einer Erwiderung im Newsletter des Instituts zu geben, teilt der kommissarische Institutsdirektor Krause-Vilmar ihm in lapidarer Kürze mit, er werde seine Erwiderung in der vorgelegten Form nicht abdrucken, auch für den Fall, dass seine Kritik sachlich zutreffend sei, worüber er nicht zu urteilen vermöge.

Mit anderen Worten: Krause-Vilmar erklärt sich, zum ersten, für außerstande, in einer (für die Arbeit des Instituts so zentralen Fragestellung wie der nach der rechtlichen Begründbarkeit der Strafverfolgung von NS-Massenverbrechen) zu einem eigenen Urteil zu gelangen. Eine Bankrotterklärung. Und, zum zweiten, verhindert er eine offene Debatte über diese Frage in einem Publikationsorgan des Instituts. Das ist nicht gerade die feine akademische Art. Krause-Vilmar begründet sein Verhalten mit dem Vorwurf, Perels habe *das Denken eines integren Mitarbeiters unseres Instituts in die geistige Nähe von ehemaligen Nazis* gerückt. Dabei hat sich der Autor des umstrittenen Artikels, mit seinem Text in diese Nähe selber begeben, wenn auch, so hält ihm Perels zugute, gewiss unabsichtlich, und aus Unkenntnis der einschlägigen Literatur.

In grundsätzlicher Form wird Perels seine Position demnächst in der Zeitschrift *Kritische Justiz* darlegen. Ob er dem Wissenschaftlichen Beirat des Fritz-Bauer-Instituts, dessen Vorsitz er über lange Jahre innehatte, noch angehört, oder ob ihm dieses Ehrenamt auf Wunsch des Direktors entzogen wurde – das hat man ihm bislang nicht mitgeteilt.

Wie weiter? Die Ergebnisse der Sitzung des Stiftungsrats des Fritz-Bauer-Instituts vom Donnerstag vergangener Woche lassen nichts Gutes ahnen. Der durch eine Reihe von beachtenswerten Fachpublikationen ausgewiesene Historiker Dieter Pohl, den Instituts-Förderverein, Hessisches Kultusministerium und Universität Frankfurt für die Nachfolge Micha Brumliks unter einer Reihe von Kandidaten im Mai dieses Jahres ausgewählt hatten, verknüpfte seine Bewerbung ausdrücklich mit der Bedingung, dass seine Anstellung eine unbefristete Professur werde – er würde seine derzeitige Festanstellung beim Münchner Institut für Zeitgeschichte andernfalls nicht aufgeben. Jetzt wurde ihm aber nur ein befristeter Vertrag angeboten, noch dazu für einen Schleudersitz. Pohl lehnte ab, der „Kommissar“ bleibt. Düstere Aussichten für das in Turbulenzen geratene Institut, das einst in Wissenschaft und Öffentlichkeit einen guten Ruf genoss und dem man eine bessere Zukunft wünschen möchte.

Fürsprecher an hoher Stelle

Die Politik bemüht sich
um das Fritz Bauer Institut

Süddeutsche
Zeitung v. 19.1. 2007

Es genügt nicht, Konflikte zu haben. Man muss auch unfähig dazu sein, sich darüber gütlich zu verständigen. Es genügt nicht, zerstritten zu sein, man muss zudem auch in Geldnöten stecken. Diese und andere Umstände haben sich in den vergangenen Jahren am Frankfurter Fritz Bauer Institut akkumuliert. Dass einige Professoren der Frankfurter Universität sich vor einer Zusammenarbeit scheuten und dem Institut, das ohne das Wirken einer bürgerschaftlichen Basisinitiative wohl nicht gegründet worden wäre, die hohe Wissenschaftlichkeit absprachen, machte die Lage nicht besser. Im vergangenen Herbst waren die im einzelnen gar nicht so sehr bedeutsamen, in der Masse jedoch verheerenden Streitereien so weit gediehen, dass dies 1995 gegründete Institut nicht mehr so sehr mit der Erforschung von Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus befasst war, sondern eigentlich nur noch mit sich selbst. Selten wurde es ausgesprochen, aber insgeheim meinten nicht wenige, dass es unter solchen Umständen kein Wunder wäre, sollte das Institut kurzerhand geschlossen werden.

Wenn das nicht geschieht, so ist es nicht zuletzt dem hessischen Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) zu danken, der sich mit viel Engagement um die Zukunft des Instituts bemüht. Der „Süddeutschen Zeitung“ sagte Corts, er und der Frankfurter Kulturdezernent Felix Semmelroth (gleichfalls CDU), der als Stiftungsratsvorsitzender des Instituts fungiert, würden alles dransetzen, um das Institut nicht bloß zu erhalten, sondern auch sein wissenschaftliches Profil zu stärken. Auch um der Hinterbliebenen und Freunde der NS-Opfer willen, die sich für die Gründung des Instituts eingesetzt hatten und an seinen Fährnissen regen Anteil nehmen, halte er das für geboten.

In den vergangenen Monaten war es insbesondere zwischen dem kommissarischen Direktor, dem Pädagogen Dietfried Krause-Vilmar, und dem Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats, dem Politikwissenschaftler Joachim Perels, zu Reibereien gekommen. Gesucht werden jetzt ein neuer Interimsdirektor, der von April an einspringen kann, und ein neuer Direktor, der die kontinuierliche Arbeit des Instituts gewährleistet. Minister Corts ist derzeit diplomatisch unterwegs, um mögliche Kandidaten zu finden und einer besseren Zusammenarbeit zwischen der Universität und dem Institut die Wege zu ebnet. Der Minister ist zuversichtlich. Warum? „Weil ich Politik für eine sachliche Angelegenheit halte.“

FRANZISKA AUGSTEIN